

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

V e r m e r k

Wirtschaftsausschuss

17. WP - 34. Sitzung

am Donnerstag, dem 26. Mai 2011, 13:15 Uhr
im Sitzungszimmer 342 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Bernd Schröder (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Johannes Callsen (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Regina Poersch (SPD)

Marion Sellier (SPD)

Carsten-Peter Brodersen (FDP)

i. V. von Christopher Vogt

Oliver Kumbartzky (FDP)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Björn Thoroë (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Herlich-Marie Todsen Reese (CDU)

Martin Habersaat (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Beginn: 13:15 Uhr

Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses führten ihr turnusmäßiges Informationsgespräch mit der Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG für die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, Frau Plambeck. In einer Powerpoint-Präsentation wurden die folgenden Schwerpunkte gesetzt:

- Infrastrukturfinanzierung (s. Anlage 1)
- Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung einschließlich Vorstellung des Kommunikationskonzepts der DB AG (s. Anlage 2)
- Ertüchtigung des Tragwerks der Rendsburger Hochbrücke (s. Anlage 3)
- Rechtliche Rahmenbedingungen zum Thema Lärmsanierung im Bereich des Streckennetzes der DB AG einschließlich Informationen zur Umsetzung des Lärmsanierungsprogramms (s. Anlage 4)
- Eisenbahnkreuzungsgesetz und Finanzierung neuer oder geänderter Eisenbahnkreuzungen auf der Grundlage von Kreuzungsvereinbarungen (s. Anlage 5)

Frau Plambeck wird zeitliche Details zur Durchführung der Ertüchtigung der Rendsburger Hochbrücke nachliefern. Die insoweit absehbaren Zeitfenster für diese Maßnahme sollen auch der Dänischen Staatsbahn übermittelt werden.

Zur S 4 erklärte Frau Plambeck, dass sie dieses Projekt nicht zwingend im Kontext mit der Hinterlandanbindung der FBQ sehe. Trotz der Bereitschaft von Schleswig-Holstein und Hamburg, die Vorentwurfsplanungen für die S 4 zu tragen, bestehe durchaus die Gefahr, dass dann, wenn München den Zuschlag für die Austragung der Olympischen Winterspiele 2018 bekommen sollte, ein Großteil der Bundesmittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz in eine zweite S-Bahn-Stammstrecke in München fließen könnte und somit für eine Finanzierung der S 4 zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein nicht mehr zur Verfügung stünden.

Schluss: 14:00 Uhr

gez. Manfred Neil